



Architekt Niebuhr, Ausgrabungen am Berliner Schloßplatz: Ein Heizungsgebläse von Wilhelm II. entdeckt

Hauptstadt

Schinkel und Kinkel

Die künftige Mitte Deutschlands sollte es werden – doch der Schloßplatz bleibt erst mal Brache.

Eberhard Diepgen war unzufrieden mit seinem Arbeitsplatz. Wenn er aus dem Fenster seines Amtssitzes nach Westen auf den „zentralen Schnittpunkt Mitteleuropas“ gucke, beschwerte sich Berlins Regierender Bürgermeister (CDU), dräue dort der Palast der Republik. Der habe da ebensowenig zu suchen wie dieses häßliche Bauwerk im Hintergrund, das die Machthaber der DDR als ihr Außenministerium hochbetoniert hatten.

Die „künftige Mitte Deutschlands“, schwärmte Diepgen, solle anders, prächtiger werden: Auf der Spree-Insel werden ein neues Außenministerium, eine repräsentative Bibliothek und ein Konferenzzentrum von der Kultur und Weltoffenheit der Berliner Republik künden. Und zwar „noch in diesem Jahrzehnt“.

Also sprach Diepgen vor knapp drei Jahren. Doch statt Weltstadtlairs hat sich auf dem ehemaligen Marx-Engels-Platz Bratwurstgeruch breitgemacht: Zahlreiche Bretterbuden samt Weihnachtsmarktgedudel umgeben den in Schloßplatz umbenannten Ort.

Die paar Handwerker, die man sehen kann, beschäftigen sich mit der Vergangenheit, nicht mit der Zukunft des Plat-

zes. Mitten im Rummel, umgeben von Bauzäunen, werkeln Archäologen im ausgegrabenen weißgekachelten Keller des früheren Schlosses. Sie haben auch ein rostiges Prunkstück ans Licht gezogen: das Heizungsgebläse, das Wilhelm II. in das zugeige Stadtschloß einbauen ließ.

Zum Jahresende müssen Wurstverkäufer und Karussellbetreiber abziehen. Die Finanzierung der archäologischen Grabungen endet Silvester. Anschließend wird der vier Hektar große Schloßplatz wieder als Parkplatz ergrauen, auf unabsehbare Zeit.

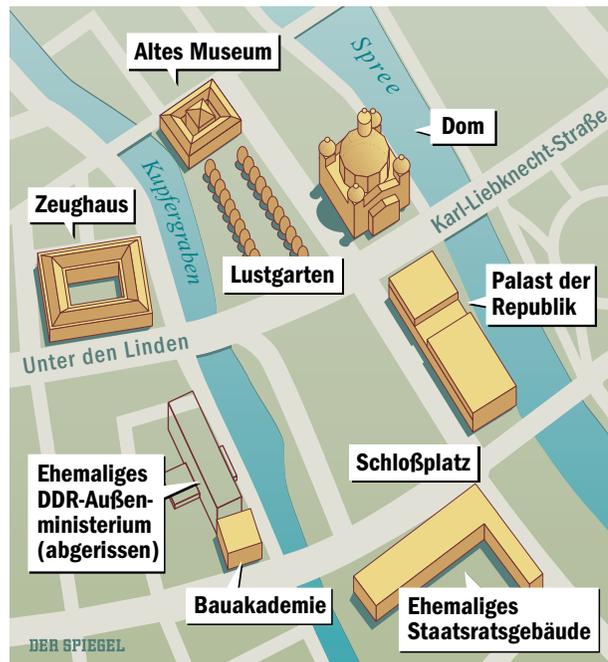
Alle großen Pläne für Berlins Mitte sind bislang gescheitert. Niemand weiß, wie das städtebauliche Nichts jemals gefüllt werden soll.

Zwar beschwören Politiker aller Parteien die Bedeutung des prominenten Areals für Berlin und die Republik. Aber die Planer bemühen sich nicht einmal mehr, ein Nutzungskonzept für die Bauten rund um den Platz zu entwickeln, der mitten im geteilten Berlin lag: Die neue „Berliner Republik“ hat in ihrer Mitte ein großes Loch.

Diepgens Hoffnung auf Remedur hatte sich auf den größten Architektenwettbewerb aller Zeiten gestützt. 1105 Architekten wetteiferten beim Versuch, die Spree-Insel in allen nur vorstellbaren Varianten neu zu erfinden. Bei der Zeichentischübung wurde der Berliner Architekt Bernd Niebuhr 1994 mit dem ersten Preis belohnt, doch sein Kahlschlag-Projekt ist längst Makulatur.

Das frühere Staatsratsgebäude an der Südseite des Platzes, in Niebuhrs Plänen weggeräumt, steht mittlerweile als Beispiel für gelungene DDR-Architektur unter Denkmalschutz. Jetzt residiert Bundesbauminister Klaus Töpfer (CDU) mit seinem Bonner Umzugsstab in dem DDR-Bau, der auch für Ausstellungen und Veranstaltungen genutzt wird.

Den Palast der Republik wollte Niebuhr durch einen noch größeren, dem Kolosseum in Rom nachempfundenen Klotz ersetzen. Doch die Skizzen verstauben – zum Glück – in Archi-



ven. Das seit 1990 offiziell wegen Asbestverseuchung geschlossene Geisterhaus, das Monat für Monat mindestens 200 000 Mark kostet, verfällt zusehends.

Auf der gegenüberliegenden Seite des Schloßplatzes werden gerade die letzten Schutt- und Eisenreste des DDR-Außenministeriums per Schiff abtransportiert. Auf unbestimmte Dauer eröffnet die Lücke freie Sicht nach Westen, auf die von Karl Friedrich Schinkel entworfene Friedrichswerdersche Kirche.

Hier sollte das Auswärtige Amt einen Neubau bekommen, auf den Fundamenten der preußischen Bauakademie von Schinkel, die 1962 für das DDR-Außenministerium abgerissen wurde. Spötter prägen für Niebuhrs Plan den Kalauer „gestern Schinkel, heute Kinkel“. Doch nach langem Hin und Her mußte der

Wohl nirgends in Deutschland haben sich Stadtentwicklung und Architektur derart von jeglichem historischem und ästhetischem Kontext losgelöst wie in Berlins Mitte – noch dazu von jeder ökonomischen Vernunft. Leidenschaftlich wird über Fassaden und Formen debattiert, fast nie über Sinn und Zweck von Gebäuden, noch seltener über Geld.

Das jüngste Beispiel für solch entrückte Planspiele ist der Streit um die Baulücke, in der das ehemalige DDR-Außenministerium stand. Während Planer und Historiker vom Wiedererstehen der Schinkelschen Bauakademie träumen – ohne zu wissen, wie das Gebäude dann genutzt werden und wer es bezahlen soll –, versucht der Grundstückseigentümer Bund, die Liegenschaft so schnell wie möglich zu verkaufen.



Neubau-Entwurf für Berliner Baulücke*: Glibbernder Obstkuchen

FDP-Außenminister Anfang dieses Jahres auf einen Neubau verzichten.

Auch die Zukunft des Lustgartens, nördlich des Schloßplatzes, ist ungewiß. Den Platz zwischen Dom und Altem Museum – einen der schönsten der Hauptstadt – wollte der Kölner Architekt Gerhard Merz hinter einer 90 Meter langen Mauer verstecken. Der im Frühjahr 1994 preisgekrönte Entwurf löste allgemeines Entsetzen aus.

Der von Merz überarbeitete, im vergangenen Sommer präsentierte Entwurf ist ebenso durchgefallen: Über die beiden in Wasserbecken stehenden unzugänglichen Pavillons müsse „in Ruhe diskutiert werden“, setzte sich Stadtentwicklungssenator Volker Hassemer (CDU) vorsichtig ab.

Als Käufer hat Finanzminister Theo Waigel (CSU) ausgerechnet das Land Berlin ausgeguckt. Doch die Hauptstadt, selbst vor der Pleite, könnte den Preis – deutlich über 10 000 Mark pro Quadratmeter – kaum zahlen.

Unbeeindruckt von der schnöden Realität, streiten Publizisten, Bauhistoriker und Architekten, ob der rote Ziegelbau originalgetreu kopiert werden soll oder nicht. Gegen die „Flucht ins Alte“ organisierte die Hamburger Zeit einen Ideenwettbewerb und kürte Mitte November einen wie ein glibbernder Obstkuchen anmutenden Entwurf zum „Berliner Sahnstück“.

Über einen so „oberflächlichen und verführten Fassadenstreit“ ärgert sich Berlins Senatsbaudirektor Hans Stimmann. Er hatte ein detailliertes Nutzungskonzept für die drei Geschosse der Bauakademie vorgelegt: Das Zentrum für die „Architektur der europäi-

schen Stadt“ sollte Läden, Räume für Ausstellungen, Tagungen, Archive und Wissenschaftler sowie Gästewohnungen beherbergen. Doch der Senat veröffentlichte das Konzept nicht einmal. „Berlin hat kein Geld, neue Projekte zu finanzieren“, erklärt resigniert Bause-nator Wolfgang Nagel (SPD).

Anders als bei der Debatte um die Bauakademie hat die Bundesregierung sich beim Palast der Republik politisch festgelegt: Kanzler Helmut Kohl will das DDR-Symbol nicht mehr sehen, wenn er Einzug in die Regierungstadt hält. Kohl wünscht sich die kaiserliche Fassade des Stadtschlusses zurück, das einst Walter Ulbricht sprengen ließ.

Den Schloßliebhaber Kohl interessiert nicht, was mit dem neuen alten Gemäuer geschehen soll. Kaum besser geht es jenen Berlinern, die statt dessen lieber den Palast der Republik erhalten wollen: Wozu der Honecker-Palast gut sein soll, ist offen.

Der Haushaltsausschuß des Bundestages, der die Gelder für Abriß oder Sanierung des Asbestbaus entsperren muß, will vor der Freigabe ein Nutzungskonzept sehen. An diese von Asbestexperten empfohlene Reihenfolge fühlt Minister Töpfer sich nicht gebunden. Kohls Umzugsbeauftragter will den Palast beseitigen lassen.

Noch im Dezember soll nach Töpfers Willen ein Ingenieurbüro den Zuschlag erhalten, „eine Kosten- und Terminplanung für die restlose Asbestbeseitigung zu entwickeln“, erklärt ein leitender Ministerialer. Anhand der Planungsunterlagen „wird man sehen, ob vom Palast etwas bleibt“.

Inzwischen haben zahlreiche Privatleute – vom Pro-Palast-Verein bis hin zum Chaos Computer Club – Vorschläge skizziert, wie eine Brache im Zentrum Berlins zu verhindern sei. Mit dem Hinweis auf leere Staatskassen wurden alle Tüftler ruhiggestellt.

Aussichtsreicher erscheint ein Projekt der Berliner Architektin Franziska Eichstädt-Bohlig. Die grüne Bundestagsabgeordnete will die städtebauliche Leerstelle für die nächsten 100 Jahre in eine „Lehrstelle der Baukultur“ verwandeln. Nach dem Vorbild der seit 1882 langsam wachsenden, noch immer unvollendeten Prachtkirche „Sagrada Familia“ von Antonio Gaudí in Barcelona sollten der Palast weitergebaut und der Westteil des alten Schlosses rekonstruiert werden.

Eine sehenswürdige Dauerbaustelle könnte nach und nach aus öffentlichen Geldern und Spendenmitteln finanziert werden. Solch ein sparsames Projekt birgt nach Ansicht von Senatsbaudirektor Stimmann einen weiteren Vorteil: „Die nächsten Generationen könnten wenigstens noch einen Teil von Berlin gestalten.“ □

* Wettbewerb der Zeit für einen Neubau an der Stelle des abgerissenen DDR-Außenministeriums.